

Warum Deutschland in Libyen nicht militärisch intervenieren sollte

Überlegungen zu einer öffentlichen Diskussion

Die Kritik der öffentlichen Meinung in und an Deutschland über seine »Kriegsdienstverweigerung« wächst. Doch weil es sich hier um eine Entscheidung über Leben und Tod handelt, ist eine Kritik dieser Kritik nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten.

Auf starken öffentlichen Druck beschloss die Mehrheit des UN-Sicherheitsrats am 17. März militärische Sanktionen. Deutschland und andere Staaten enthielten sich der Stimme. Zwei Tage später begannen die USA, Frankreich und Großbritannien Luftangriffe.

Es war zwar nur eine Frage der Zeit, wann die Aufstände in Tunesien und Ägypten auch auf Libyen übergreifen, das zwischen diesen beiden Ländern liegt. Doch es gibt drei große Unterschiede zwischen Libyen und seinen beiden Nachbarn. Erstens war der Aufstand von Anfang an nicht gewaltlos, sondern gewaltsam. Zweitens standen größere Teile der Gesellschaft nicht auf Seiten der Opposition, sondern auf der der Regierung. Drittens ergab sich daraus ein immer schlimmerer innerstaatlicher Krieg.

■ Es wird gesagt: Es handelt sich ja bei den Aktionen der westlichen Staaten nicht um einen zwischenstaatlichen Krieg am Boden, sondern nur um Angriffe aus der Luft. Das soll wohl bedeuten, dass es nicht um eine Eroberung oder Besetzung Libyens durch den Westen oder wen auch immer geht, sondern um den Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen durch die Regierung, um die Herstellung einer gerechten Waffengleichheit zwischen Regierung und Opposition oder sogar eines Waffenstillstands.

Warum beschränkt sich dann die UN-Resolution nicht auf die Maßnahmen zur Durchsetzung eines Flugverbots, sondern ermöglicht »alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor Angriffen«? Warum bestimmt sie dann die Ziele nicht enger als mit dem weiten »Schutz der Bevölkerung«, dessen Durchsetzung von vielen beteiligten Regierungen wieder ausgelegt wird als Sturz Gaddafis? Warum bezieht sie sich nicht auf schon angebotene Vermittlungen von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien?

Diese Resolution bzw. Intervention ist (wie andere zuvor) eine schiefe Ebene, die bei kurzfristigen Drohungen beginnt und bei langfristigen Einsätzen endet. Es gibt Regierungen, die anscheinend nie aus der Geschichte ihrer eigenen Fehler (wie im Irak oder in Afghanistan) lernen werden.

■ Es wird gesagt: Die ganze Weltgemeinschaft will das Flugverbot. Wer ist diese Gemeinschaft? Das soll wohl die Uno sein, die einzige wirklich globale internationale Organisation. Doch nicht die Vollversammlung, in der alle Mitglieder, d.h. fast alle Staaten der Welt, Sitz und Stimme haben, hat diese Resolution beschlossen, sondern der Sicherheitsrat, der nur aus fünf ständigen und zehn nichtständigen Mitgliedern besteht. Und auch dieser hat nicht einstimmig entschieden, sondern lediglich mit einer Mehrheit von zehn Stimmen bei fünf Enthaltungen. Zugestimmt haben neben den USA, Großbritannien und Frankreich sowie Südafrika und Nigeria auch die »Großmächte« Portugal, Libanon, Bosnien-Herzegovina, Kolumbien und Gabun – fünf Staaten also, von denen vier selbst in schwere innere Konflikte verwickelt sind. Enthalten haben sich dagegen die »Kleinststaaten« Russland, China, Indien, Brasilien und Deutschland, d.h. Staaten, die fast die Hälfte der ganzen weltweiten Bevölkerung vertreten und entweder schon ständige Mitglieder sind oder eher als alle anderen werden.

Die »Weltgemeinschaft« besteht also wieder einmal vor allem aus den Regierungen der drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs!

■ Es wird gesagt: Die Treue zu diesem westlichen Bündnis erfordert eine Zustimmung zum Flugverbot. Zum einen gibt es wohl auch andere Bündnispartner, d.h. Nato-Mitglieder, die dem nicht zustimmen. Zum anderen hat Deutschland schon früher einer militärischen Intervention der führenden Partner nicht zugestimmt (nämlich im Irak) und ist dennoch Partner geblieben. Und zum dritten besteht ein Bündnis eben aus verschiedenen Mitgliedern mit verschiedenen Meinungen, die alle berechtigt sind und nicht einfach zugunsten der der führenden Mitglieder aufgegeben werden sollten. Eine Nato, die ihr eigenes Recht beugt und Krieg führt, wie sie will, sollte besser aufgelöst als unterstützt werden.

■ Es wird gesagt: Das Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat erfordert eine Zustimmung zum Flugverbot. Auch hier gilt: Die unbedingte Zustimmung zu den »Meinungsführern« sollte keine Bedingung darstellen für ein größeres Gewicht der eigenen Meinung. Im Gegenteil, eine sinnvolle Entscheidungsfindung setzt die Anerkennung einer fremden Meinungsbildung voraus. Die FDP würde sich bei der CDU »bedanken« oder die Grünen bei der SPD, wenn jene die vorbehaltlose Zustimmung zur Bedingung von Koalitionen erklären würde. Es gehört gerade zum Wesen von Koalitionsregierun-

gen, dass beide Partner einen Konsens oder Kompromiss (ihrem verschiedenen Gewicht entsprechend) aushandeln.

Doch leider ist es im Sicherheitsrat im Unterschied zur Koalitionsregierung so, dass derjenige, der schon ständiges Mitglied ist, dem, der es erst werden will, dessen Wohlwollen abfordern kann. Denn z.B. können die USA nicht gezwungen werden, z.B. Deutschland aufzuwerten, sie können aber erzwingen, dass dieses nicht aufgewertet wird.

Es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, einen Sitz in einem Rat anzustreben, der derart undemokratisch funktioniert?! Während der jetzige Außenminister seine Skrupel begründet, scheint ein früherer Außenminister kein höheres Ziel zu kennen als die Aufwertung Deutschlands in der Uno. Hier gilt: Lieber ein Guido Westerwelle, der sich vielleicht dunkel erinnert an ein paar langweilige Vorlesungen über Völkerrecht, als ein Joschka Fischer, der sich nur allzu lebhaft erinnert an ein paar spannende Straßenschlachten letztlich über Ideologien.

■ Es wird gesagt: Die deutsche Regierung habe nur wegen anstehender Landtagswahlen nicht zugestimmt. Die Militärintervention wird begründet mit der Verpflichtung zur Unterstützung von demokratischen Regierungen für eine demokratische Oppo-

sition gegen eine diktatorische Regierung. Zum Wesen der Demokratie gehören die Wahlen der Parlamente. Wer also fordert, die Unterstützung eines Krieges von Demokratien gegen eine Diktatur nicht von Wahlen und deren erwarteten Ergebnissen abhängig zu machen, fordert nichts weniger, als die angeblichen Demokratien nicht von der tatsächlichen Demokratie abhängig zu machen. Er zerstört das, was er zu erhalten vorgibt.

So lange die Regierung Wahlen eher mit der Ablehnung von als mit der Zustimmung zu Kriegen gewinnt, kann es gar nicht oft genug Wahlen geben. So lange die Entscheidungen der Bevölkerung vor und bei Wahlen die Entscheidungen der Regierung wirklich beeinflussen, kann diese reale Demokratie nicht hoch genug geschätzt werden.

■ Es wird gesagt: Die deutsche Regierung habe nicht zugestimmt nur wegen fehlender Militärkapazitäten. Abgesehen davon, ob das tatsächlich stimmt oder nicht: Es ist doch so, dass die Bundeswehr von einer reinen Verteidigungsarmee zu einer »Armee im Einsatz« umgebaut wird, d.h. mehr und mehr Kriege führt. Die Afghanistan-Intervention ist hier nur die Spitze des Eisberges. Doch auch die Bundeswehr muss feststellen, dass ihre Einsätze viele Mittel binden. Sie muss sich die Frage stellen lassen, ob diese Mittel nicht anders sinnvoller eingesetzt werden könnten. Ob es nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch effizienter wäre, Konflikte zivil zu bearbeiten, bevor sie militärisch eskalieren? Ob die geringeren Gewinne bei einem möglichen Verbot von Rüstungshandel mit Diktaturen durch die geringeren Verluste bei einer unnötigen Militärintervention nicht mehr als aufgewogen werden?

■ Es wird gesagt: Die Regierung sollte das Flugverbot unterstützen, auch wenn sie sich nicht an dessen Durchsetzung beteiligen könnte. Diese Aussage folgt dem Grundsatz: »Andere machen sich dreckig, doch ich wasche meine Hände in Unschuld.« Doch genau so strafbar wie die Täterschaft selbst sind die Anstiftung oder die Beihilfe dazu und sogar die bloße Mitwisserschaft. Eine wie auch immer geartete Unterstützung ohne Beteiligung, wie sie sich jetzt, Ende März, abzeichnet, wäre ein klassischer fauler Kompromiss. Das wäre um nichts besser, wenn nicht schlimmer, weil scheinheiliger als eine wirkliche Beteiligung am Krieg.

■ Es wird gesagt: Die Bundesregierung sollte das Flugverbot unterstützen, wenn es auch schon von arabischen Regierungen unterstützt wird. Dazu muss man das zwiespältige Verhalten der arabischen Staaten richtig einschätzen. Zwar gibt es einen formalen Konsens der Arabischen Liga: die Forderung nach Luftschlägen, doch nicht nach Bodentruppen, nach Maßnahmen der Uno, doch nicht der Arabischen Liga selbst, nach Beteiligung einiger, doch nicht aller Mitglieder. Zwar gibt es einerseits ein paar eher pro-westliche Staaten, die Druck ausüben und Maßnahmen vorschlagen, und andererseits ein paar eher anti-westliche Staaten, die sich

Gegen jegliche Gewalt Erklärung des BSV zu Libyen

Die Mitgliederversammlung des *Bund für Soziale Verteidigung*, die am 20. März in Minden/Westfalen stattfand, nahm mit Entsetzen die Bombardierungen Libyens durch Frankreich, Großbritannien und die USA und deren Unterstützung durch andere Länder zur Kenntnis. Nach den weitgehend gewaltfreien Aufständen in Tunesien und Ägypten sind in einer Reihe weiterer Länder des Nahen und Mittleren Ostens Volksbewegungen entstanden, die sich gegen ihre diktatorischen Regierungen erheben. Die Versuche der gewaltsamen Niederschlagung dieser Aufstände – nicht nur in Libyen, sondern auch in Bahrain, Jemen und anderen Ländern – beobachten wir mit großer Sorge und sehen uns solidarisch mit all jenen Menschen, die ohne Waffen für Demokratisierung eintreten.

Das militärische Eingreifen in Libyen wird als ein effektiver Weg dargestellt. Dabei wird ausgeblendet, dass durch die Bombardierungen weitere unbeteiligte Zivilisten sterben und der innerlibysche Konflikt durch die Eskalation der Gewalt mit Gewissheit vertieft werden. Stattdessen sollte durch Angebote der Vermittlung und durch zivile Mittel (z.B. Ölboykott, Asyl für desertierende Soldaten) versucht werden, die Situation zu deeskalieren und das Leben der Aufständischen zu schützen. Uns ist nicht bekannt, dass solche Versuche ernsthaft unternommen wurden. Militärgewalt ist einmal mehr nicht das letzte Mittel (*ultima ratio*), sondern wurde leichtfertig und ohne Bedenken der längerfristigen Konsequenzen beschlossen.

Wir stellen auch fest, dass der Bürgerkrieg in Libyen mit Waffen geführt wird, die von Nato-Staaten geliefert wurden. Wir fordern das vollständige Verbot von Waffenexporten. Die bisherigen Restriktionen bei Rüstungsexporten sind, wie sich jetzt wieder erweist, völlig unzureichend.

Wir begrüßen, dass die Bundesrepublik im Weltsicherheitsrat den militärischen Maßnahmen nicht zugestimmt hat. Wir erwarten, dass die Bundesregierung sich jetzt für die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen einsetzt und Bürgerkriegsflüchtlingen unbürokratisch Asyl gewährt.

mehr oder weniger vornehm zurückhalten – aus Angst, selbst ins Visier der eigenen Bevölkerung bzw. des Westens zu geraten. Doch auch die, die sich initiativ und aktiv zeigen wie z.B. die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar, stehen vor ähnlichen Problemen und Dilemmata wie z.B. Bahrain. Es handelt sich um absolutistische Monarchien oder ähnliche Regierungen, die ihre Macht auf Tradition begründen, die sich der Moderne nur da öffnen, wo sie ihnen nutzt, und die darum ihrer Bevölkerung mit

einer Mischung aus Angst und Gewalt begegnen. Auch hier entspricht die Meinung der Regierung nicht immer der der Bevölkerung. Auch sie sind zweifelhafte Gewährsleute und Verbündete im angeblichen Krieg der Demokratie gegen die Diktatur.

Kai-Uwe Dosch ist Forum Pazifismus-Redakteur und einer der Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.



Andreas Buro

Ein pazifistischer Blick auf Libyen

Die Ideologie der »humanitären Intervention«

Beim militärischen Eingreifen der Nato in Libyen entstehen Zweifel über die wirklichen Motive. Warum greift der Westen nur in Libyen ein und nicht in Saudi-Arabien, Bahrein, Syrien, Israel, Simbabwe oder an der Elfenbeinküste? Warum wurden die Bemühungen um eine politische Lösung, die von der Afrikanischen Union, aus Lateinamerika und von der Türkei ausgingen, nicht unterstützt, sondern durch schnelle Bombenangriffe zunichte gemacht? Warum wird fast ausschließlich über die tatsächlichen und potenziellen Opfer der Gaddafi-Truppen berichtet, aber nicht über die Massaker der Rebellengruppen?

Die Spitzenpolitiker der Rebellen, Mahmud Schibril und Ali Tarhuni, haben ihr Studium in den USA absolviert und waren dort an Universitäten tätig. Wem fällt da nicht sogleich der afghanische Präsident Karsai ein? Geht es auch um Zugriffsmöglichkeiten auf das libysche Öl? Erlaubt die UN-Resolution wirklich, dass die Nato im Bürgerkrieg Partei auf der Seite der Rebellen ergreift? Welchen Anteil an der Rebellion haben westliche Geheimdienste?

Bei der offiziellen Legitimation des Nato-Einsatzes im libyschen Konflikt wird viel von einer »humanitären Intervention« gesprochen. Die Ideologie der »humanitären Intervention« ist die Fortsetzung der Ideologie vom »Gerechten Krieg«, der wichtigsten Legitimationsideologie für fast alle Kriege.

Für die Friedensbewegung stellt sich die Frage, welche Folgen es hätte, wenn Pazifisten sich für eine humanitäre Intervention mit militärischen Mitteln einsetzten, wie es zum Beispiel Uri Avnery tut?

Kriegerisch intervenieren kann man nur mit überlegenen Kräften. Deshalb muss ständig qualitativ aufgerüstet werden, um diese Überlegenheit zu sichern. Selbst wenn der Militäreinsatz angeblich nur das letzte Mittel sein soll, schafft man damit eine Dauerlegitimation für Aufrüstung, die andere Staaten als bedrohlich empfinden und die destabilisierend wirkt. Die »militärische humanitäre Intervention« kann nur gegenüber schwächeren Staaten und

nicht gegenüber starken Staaten erfolgen. Sie wird damit zum Herrschaftsinstrument der großen und militärisch besonders potenten Staaten. Wenn aber Aufrüstung und gar der Besitz von Atomwaffen scheinbar Sicherheit vor Eingriffen von außen versprechen, wer will dann noch abrüsten?

Verhandlungen im Zeichen der »militärischen humanitären Intervention« werden zur Durchsetzung von Positionen geführt, aber nicht, um Kompromisse zu finden: »Und bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt« ist die Devise. Die Verhandlungen der Nato in Rambouillet im Vorfeld des Krieges gegen Jugoslawien gaben dafür drastisches Anschauungsmaterial.

Um glaubwürdig zu sein, muss die Behauptung der »militärischen humanitären Intervention« ständig legitimiert werden. Sind keine »Beweise« vorhanden, so müssen sie erfunden werden. Es besteht der ständige Drang zur Verbreitung von Falschdarstellungen und Lügen. Dies war im Irak- und im Kosovo-Krieg reichlich zu beobachten. Solche irreführenden Darstellungen verhetzen die Bevölkerung und schaffen psychische Feindbilder vom »bösen Gegner«, dem alles Schlechte angelastet wird. So verstellen sie den Blick auf die wirklichen Verhältnisse und führen zu Realitätsverlust.

Schließlich: Wo sind eigentlich die »guten« Staaten, die tatsächlich zur Sicherung der Menschenrechte und nicht aus ganz anderen Interessen militärisch intervenieren? Ein Blick auf das vergangene Jahrhundert oder selbst nur auf dessen letzte Hälfte macht ratlos. Darf man – »Kollateralschäden« in Kauf nehmend – Menschen töten und ihre Lebensgrundlagen, also die Infrastruktur ihres Landes, zerstören, um die Rechte und das Leben anderer Menschen zu retten? Nach einem Vortrag zum Kosovo-Krieg fragte eine Frau: »Bei wie viel jugoslawischen Toten hört die »humanitäre Intervention« auf, humanitär zu sein?«

Für Pazifisten ist aus diesen Gründen die militärische humanitäre Intervention unannehmbar. Sie